Sie zittern vor der Spartakiade

Keine Einreiseerlaubnis für russische Arbeitersportler

Berlin, 26. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, hat das Auswärtige Amt alle deutschen Paßstellen angewiesen, **Arbeitersportlern aus der Sowjetunion und anderen Ländern kein Visum zur Einreise zu erteilen.**

Der Vorwärts freut sich gestern abend im Auftrag der reformistischen Sportbürokratie über die Anweisung der Verweigerung der Einreiseerlaubnis, ein feiner Internationalismus der Sozialfaschisten. Nun erst recht mit ganzer Kraft an die Durchführung der Spartakiade, vor der die Arbeiterfeinde zittern!

Die „Kämpferin" wieder auf 2 Monate verboten

Berlin, 26. Juni 1931 (Eig. Drahtmeldung)

Der sozialfaschistische Polizeipräsident Grzesinski hat die „Kämpferin", das Organ der werktätigen Frauen, das erst kürzlich verboten worden war, nach dem Erscheinen der ersten Nummer erneut auf 2 Monate verboten. War es bei dem kürzlichen Verbot ein Artikel der sich gegen den Papst und die Kirche wandte, so ist es diesmal ein Artikel gegen die neue Hunger-Notverordnung, die Grzesinski als Anlaß für das Verbot nimmt.

Gen. Wagner-Pirna ermordet!

Der in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch durch einen Nazi niedergestochene Arbeiter Wagner in Pirna ist seinen schweren Verletzungen erlegen. Das Messer des braunen Mordbanditen hatte ihm die Lunge zerfetzt.

100-Millionen-Kredit — Neue Lasten für das Volk

Wie der Londoner Daily Telegraph meldet, haben die Bank von England, die Bank von Frankreich, die Federal Reserve Bank und die BIZ beschlossen, vom 26. Juni ab der Deutschen Reichsbank einen **Kredit von 100 Millionen Dollar** bis zum 16. Juli zur Verfügung zu stellen, um es der Reichsbank zu ermöglichen, ihre am Ende des Monats fälligen Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen. Jede der 4 Banken beteiligt sich mit einem Viertel. Das ist die Kehrseite der Hoover-Aktion. Bevor sie überhaupt in Kraft gesetzt wird, sind zuerst einmal für diesen Kredit wieder neue Zinslasten zu tragen. Der Kredit wird vom Großkapital für seine Profitmacherei verwendet, die Zinsen haben die Massen zu tragen, die Tag für Tag immer stärker geschröpft werden.

Im Hintergrund die „Reichsreform"

Brünings Systemwechsel wird „gesetzlich verankert"

Im Sächsischen Landtag wurde angefragt, ob es wahr sei, daß die **Reichsregierung mit Unterstützung der Preußenregierung im Wege der Reichsordnung eine Verfassungsänderung** (richtiger müßte es heißen, einen **Verfassungsbruch**) **plane,** d. h. die Reichsreform auf diese Weise zur Durchführung bringen wolle. Der sächsische Ministerpräsident wußte angeblich von nichts. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" weiß aber bereits zu berichten, daß bei Brüning ursprünglich die Absicht bestand, in seiner Ausgabe zur Notverordnung auch die Absicht der Reichsregierung mitzuteilen, **die Reichsreform in Angriff** zu nehmen. Durch den Widerspruch des Reichspräsidenten Schätzel, der die **bayerischen Sonderinteressen** vertritt, wurde das im letzten Augenblick verhindert. Die „D. A. Z." bemerkt ausdrücklich, daß die Pläne der Reichsreform nach wie vor von der Regierung verfolgt werden. Sie sollen auch bei einem Empfang süddeutscher Vertreter in der Reichskanzlei, der am vergangenen Mittwoch stattfand, besprochen worden sein. Wenn man dazu noch erfährt, daß zu den bayerischen Vertretern der berüchtigte **Orgesch-Forster Escherich und der Bischof von Speyer** gehörten, dann weiß man bereits, mit wem sich **Brüning verbündet,** um über die Reichsreform seinen faschistischen „Systemwechsel" durchzuführen.

Neuer Anschlag: Kürzung des Pfändungsschutzes

Im Reichsjustizministerium fanden Verhandlungen über die Kürzung des Lohnpfändungsschutzes statt. Die Vertreter der Bourgeoisie verlangten kaltschnäuzig die Herabsetzung der pfändungsfreien Grenze von 195 Mark monatlich. Die Gewerkschaftsvertreter „lehnten" eine Senkung des Pfändungsschutzes ab. Noch sind die Verhandlungen zu keinem Ergebnis gelangt. Aber das Justizministerium kündigt bereits einen Referentenentwurf zur Aenderung der Zivilprozeßordnung und des Zwangsvollstreckungswesens an. Die herrschende Klasse, die den Lohn- und Gehaltsempfängern Milliarden raubt, will sich ihre „Rechtsansprüche" an den bestohlenen Opfern sichern. **Rüttelt alle Betriebe, Büros und Stempelstellen auf zum Sturm gegen diesen neuen Anschlag der Ausbeuter.**

KPD-Arbeitsbeschaffungsplan erkämpft

In Weißenfels und Halle durch Massenaufmarsch erzwungen

Halle, 26. Juni 1931 (Eig. Drahtmeldung)

In Weißenfels setzten die in **riesigen Scharen vor dem** Rathaus aufmarschierenden Erwerbslosen durch, daß eine Delegation in der Stadtverordnetenversammlung zu Wort kam. Bürgerliche und sozialdemokratische Verordnete, die sich nicht aufzustehen wagten, hörten mit eisigem Schweigen die Anklage des Elends an. Unter dem Druck der Erwerbslosen **wurde der Arbeitsbeschaffungsplan der KPD, der 700 Millionen Mark erfordert,** angenommen.

*

Halle, 26. Juni 1931 (Eig. Drahtmeldung)

Im Hallenschen Stadtparlament fand der Initiativantrag der KPD auf schleunigste Inangriffnahme des Südflügels des Mittellandkanals einstimmige Annahme. Der Antrag fordert den Reichsverkehrsminister zur sofortigen Anweisung von 310 000 Mark auf, die prinzipiell von der Provinzialverwaltung für den Kanalbau zur Verfügung gestellt worden sind.

*

Merseburg, 26. Juni 1931 (Eig. Drahtmeldung)

In Merseburg wurde die kommunistische Vorlage von den **Stadtverordneten ebenfalls angenommen.** Die bürgerliche Presse berichtet unter der Ueberschrift: **„Grundsätzliche Beschlüsse zum Arbeitsbeschaffungsplan":** „Einen breiten Raum in der Aussprache nahm die kommunistische Vorlage auf Annahme eines Arbeitsbeschaffungsplanes an. Die Vorlage wurde mit einem Zusatzantrag der paritätischen Besetzung eines bei der Durchführung dieses Planes mitwirkenden Ausschusses angenommen." Die Massenaufmärsche vor den mitteldeutschen Gemeindeparlamenten und die Durchsetzung der kommunistischen Anträge sind vorbildlich für die Art, wie für den Arbeitsbeschaffungsplan der KPD gekämpft werden muß.

Schieck gegen Volksgesundheit

SPD offen für Zwangserziehung / KPD-Antrag: 40 Stunden bei vollem Lohn für Pflegepersonal angenommen!

Dresden, den 25. Juni.

Den Auftakt der Landtagssitzung vom 25. Juni bildet die Abstimmung der in der vorigen Sitzung beratenen Anträge zum **Etatkapitel Justizwesen.** Charakteristisch ist dabei die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion. Obgleich ihr Fraktionsredner Neu in der Dienstagsitzung die Verabschiedung der kommunistischen Anträge verlangt hatte, **stimmte die SPD geschlossen mit den Bürgerlichen alle Anträge der KPD nieder, die eine Besserung der Lebenshaltung der Gefangenen zum Ziele haben,** u. a. die Erhöhung der Mittel für die Beköstigung, für Verbesserung der Zahnbehandlung, für Auszahlung einer Beihilfe an jeden entlassenen Gefangenen bei Strafen von drei Monaten an und — die Entlohnung der Gefangenen nach Tariflöhnen!

Ablehnung der Amnestie

Der kommunistische Antrag auf Erlaß einer Amnestie für alle politischen und Rechtsdelikte und alle Vergehen gegen die §§ 218 und 219 wird gegen die Stimmen der KPD und SPD abgelehnt. Typisch ist dabei, daß die SPD-Abgeordneten erst nach den Plätzen der Nazis sehen, bevor sie abstimmen. Erst nachdem sie sich vergewissert haben, daß diese den gesamten Antrag ablehnen, stimmen sie gemeinsam mit den Kommunisten. Der Kampf der Arbeiterschaft um Amnestierung der Opfer der Klassenjustiz wird durch diese Abstimmung erst recht verschärft.

Regierung erklärt: „Keine Ausgaben für Volksgesundheit, aber Zwangserziehung muß bleiben!"

Nunmehr kommt es zur gemeinsamen Beratung der **Etatkapitel Frauenkliniken, Heil- und Pflegeanstalten** usw. und des Antrages für Bau einer ausreichenden Kläranlage in Freiberg.

Genosse Schubert, KPD, stellt fest:

Auch hier zeigt sich, daß die kapitalistische Gesellschaft und ihr Staat nicht mehr imstande ist, selbst die einfachsten Bedingungen für die Volksgesundheit zu erfüllen. Bei diesen Kapiteln findet diese Tatsache ihren Ausdruck in der Ablehnung jeder Erhöhung der Mittel und der Ablehnung aller Erweiterungen und Verbesserungen sowohl zugunsten der Kranken und Hilfsbedürftigen als auch des Personals. Diese Ablehnung hat die Regierung ausdrücklich im Ausschuß gefordert und die SPD hat in den meisten Fällen mitgewirkt an der Abwürgung der kommunistischen Anträge. Wir Kommunisten halten unsere Forderungen aufrecht. **Wir Kommunisten fordern Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für das Personal der Heil- und Pflegeanstalten und die Schaffung von räumlichen Vorbedingungen für die Unterbringung evtl. auch die Errichtung einer neuen Heil- und Pflegeanstalt.** Notwendig ist, eine schärfere Kontrolle angesichts der ununterbrochenen Beschwerden, die aus allen Heil- und Pflegeanstalten kommen.

Ein düsteres Kapitel bilden die **Erziehungsanstalten,** von denen erschütterndes Material vorliegt, die die ganze Rückständigkeit und Schädlichkeit des Systems der kapitalistischen Zwangsfürsorge kennzeichnen. Auch die **Blindenanstalt Moritzburg** wird vom Geist reaktionärer Pädagogik beherrscht. Es ist geradezu bezeichnend, daß im Ausschuß **unser Antrag auf Aufhebung der Zwangsfürsorge auch von den Sozialdemokraten abgelehnt wurde,** ebenso unser Verlangen, **die Zöglinge selbst über ihre Berufswahl entscheiden zu lassen.** Außer diesen Forderungen, die wir trotz der Ablehnung im Ausschuß aufrecht erhalten, wurde auf unseren Antrag hin im Ausschuß mit Mehrheit beschlossen, eine Verordnung zu erlassen, wonach streng untersagt wird, Schüler und Jugendliche wegen politischer Betätigung in Erziehungsanstalten unterzubringen, ferner die vor der Schulentlassung stehenden Zöglinge in den Erziehungsanstalten der öffentlichen Berufsberatung zuzuführen und den Insassen im Blindenheim weitestgehend Ausgang zu gewähren.

Zum Kapitel **Frauenkliniken** hat die Kommunistische Partei den Ausbau des Verwaltungsgebäudes beim Krankenstift in Zwickau und die Errichtung zweier Baracken zur Unterbringung von Infektionskranken verlangt.

Die SPD hat auch hier entgegen ihren Versprechungen statt der von uns geforderten 500 000 Mark lediglich 240 000 Mark einsetzen lassen, von denen auch nur 100 000 Mark sofort angefordert werden. Unerhört sind die Kürzungen im Etat des **Landesgesundheitsamtes,** dem die Nahrungsmittelkontrolle untersteht, obgleich die Fälschungen der Lebensmittel ins Ungeheure steigen.

Im Verlauf der Debatte erklärt Minister Richter, daß Erweiterungen der Etatkapitel **unter keinen Umständen** in Frage kommen können. Er leugnet die Mißstände in den Anstalten und singt ein Loblied auf die Leistungen.

Bürgerliche Schamlosigkeiten

Die bürgerlichen Debattenredner unterstützen ihn bei seinen Reinwaschungsversuchen, besonders der Abgeordn. Voigt von der Volksportei, der die pädagogische Jugenderziehung als das höchste preist. Das wahre Gesicht zeigt diese Gesellschaft jedoch, als nach der Genossin Kühne, die die Frage der Frauenkliniken ausführlich behandelte, die Genossin

Grete Groh,

die Jungarbeitervertreterin, die Schmach der Fürsorgeerziehung aufrollt. Als sie an Hand einzelner Beispiele die Ungeheuerlichkeiten des Fürsorgesystems aufdeckt, ergehen sich die „Anständigen" Bürger in niederträchtigen Zurufen. Mit den Händen in den Hosentaschen stehen die Vertreter einer Klasse, für die die Sexualfrage in Weinstuben gelöst wird, da und machen ihre „Glossen" über die Not der proletarischen Jugend. **Besonders ekelerregend benimmt sich der Nazibandenführer Killinger.** Sein geistiges Niveau wird unterstrichen durch den Zuruf: „Sie verdienen alle den Arsch voll!" Sein Parteifreund Kunz unterstützt ihn dabei, indem er kreischt: „Ihr gehört alle nach Bräunsdorf!" Gerade das Verhalten kennzeichnet nicht nur dieses Pack, sondern auch das Fürsorgesystem, das auf diese Verteidiger wahrlich stolz sein kann!

Genossin Groß schildert an Hand von einzelnen Fällen die Tragödie der jungen Arbeiter, die diese Gesellschaft in diese Heime deckt, nicht, um sie zu „erziehen", sondern um jeden Gedanken der Selbständigkeit und Eigenentwicklung in ihnen zu ersticken. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Fall eines Jugendlichen in Mittweida, der **wegen kommunistischer Betätigung** nach Bräunsdorf gebracht worden ist, obgleich von ihm die Anstaltsleitung erklärt, **daß er unmöglich als „Verwahrloster" angesprochen werden konne.** Der Kommunistische Jugendverband und die Kommunistische Partei betrachten es als ihre Pflicht, diesen Jungarbeitern zu zeigen, daß sie auch hinter den Mauern der Erziehungsanstalten nicht von ihrer Klasse vergessen worden sind, um sie einzureihen in die Kampffront der Arbeiterschaft.

Kläglich ist das Gestammel des SPD-Vertreters Wehle bei der berüchtigten „unpolitischen Erziehung" fordert. Der wahre Grund seines Auftretens ist wohl darin zu suchen, daß der Leiter der Anstalt Bräunsdorf — der „linke" Sozialdemokrat Schlotter ist.

Genosse Breitenborn

geißelt das schamlose Verhalten der Bürgerlichen bei der Verlesung der Fürsorgefragen und betont, daß dieses Verhalten der beste Beweis sei für den moralischen Tiefstand der bürgerlichen Moralprediger. Zum Rezianantrag, betr. die Klaranlage in Freiberg, stellt er fest, daß dieser Antrag eine direkte Herausforderung der Freiberger Bevölkerung darstellt, da darin nicht etwa Mittel gefordert werden, sondern ein Zwang auf die Stadt ausgeübt werden soll. Die Kommunisten verlangen, daß

die Regierung den Bau einer ausreichenden Klaranlage der Stadt Freiberg finanziert, und daß dafür schnellstens die Vorarbeiten zum Baubeginn getroffen werden.

Bei der Abstimmung wird dieser Antrag **mit großer Mehrheit angenommen,** dadurch ist der Nazi-Antrag erledigt.

Angenommen wird ebenfalls der kommunistische Antrag auf 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für das Personal der Heil- und Pflegeanstalten. Ebenso wird der Antrag auf Untersagung der Unterbringung Jugendlicher wegen politischer Betätigung in Erziehungsanstalten angenommen. Alle übrigen kommunistischen Anträge einschließlich der Mittel für die Nahrungsmittelkontrolle werden von der Mehrheit einschließlich der SPD abgelehnt.

KPD-Forderungen für Forstarbeiter und Landbevölkerung

Zum Kapitel Forsten begründet Genosse Schneider, Crottendorf, die Forderungen der kommunistischen Fraktion, wobei er feststellt, daß die Frage der kapitalistischen Rentabilität auch für die staatlichen Forsten entscheidend ist. Genosse Schneider verlangt, daß **den Forstarbeitern eine Werkzeugzulage von 4 Prozent, eine Regenzulage von 2 Prozent** des tariflichen Stundenlohnes zu zahlen ist, außerdem **Wegegelder,** bei über 3 Kilometern ein Stundenlohn, bei 6 Kilometern zwei Stundenlöhne und volle Entschädigung für Regentage. Weiter verlangen die Kommunisten, daß in den Staatsforstrevieren, wo Holz zur Selbstausforstung abgegeben wird, **den Wohlfahrtsunterstützungsempfängern 4 Raummeter Holz pro Jahr unentgeltlich** überlassen werden, außerdem soll auf Antrag einer Jagdgenossenschaft die Forstrevierverwaltung angewiesen werden, durch genügende Umzäunung der **Uebertritt von Hochwild auf die Fluren** zu verhindern. Weiterhin wird gefordert, um das jetzige System der Herstellung von Dienstgeschirren auf Staatskosten für die Revierverwalter zu beseitigen, an dessen Stelle **private Lohngeschirre** oder Autos der kleinen oder mittleren Unternehmen am Ort zur Erledigung erforderlicher Dienstfahrten heranzuziehen, wofür der tarifliche Lohnsatz in Anrechnung zu bringen ist. Die dadurch freiwerdenden Kutscher und Wagenführer sollen unter den allgemeinen Tarifbedingungen als Wald- oder Straßenarbeiter von den Revieren übernommen werden.

Zur Notlage des erzgebirgischen Spielwarengewerbes

waren vom Haushaltsausschuß Anträge zum Vorschlag gebracht worden, die größtenteils **durch kommunistische Initiative** zustande kamen. Genosse Breitenborn setzt sich nachdrücklichst für die notleidenden Erzgebirgler ein.

SPD gegen Behandlung der Notverordnungsanträge

Bei der Festlegung der nächsten Tagesordnung **verlangt Genosse Siegel die Behandlung der Anträge zur Notverordnung.** Diese Forderung wird **von allen Parteien einschließlich der SPD abgelehnt.**

Die Abstimmungen finden zu Beginn der nächsten Sitzung am Dienstag dem 30. Juni statt.

Ganze SPD-Ortsgruppen zur KPD

Pfälzische SPD in voller Auflösung / Ueber 100 Uebertritte seit 1. Mai in Frankfurt

Eine SPD-Mitgliederversammlung in Höchst im Odenwald beschloß einstimmig (außer dem Vorsitzenden, einem Angestellten des Arbeitsamtes), auf Grund des Ergebnisses des Leipziger Parteitages und der Zustimmung der SPD zur Notverordnung, sofort eine Beitragssperre an den Bezirk durchzuführen. In einer darauf in demselben Orte abgehaltenen öffentlichen Versammlung der KPD erklärten 30 SPD-Arbeiter ihren Uebertritt zur KPD. Der Rest der SPD-Ortsgruppe wird sicherlich folgen, so daß die SPD in diesem Orte zu bestehen aufgehört hat. Seit dem 1. Mai sind im Bezirk Hessen-Frankfurt über 100 SPD-Arbeiter zur KPD übergetreten.

Der Zerfall der SPD in der Pfalz entwickelt sich in schnellem Tempo. In der Westpfalz haben sich in der letzten Zeit **mehr als die Hälfte der SPD-Ortsgruppen aufgelöst.** In einer Generalversammlung der SPD-Ortsgruppe Weidental, in der die zur KPD übergetretene frühere Stadtverordnete Genossin Jakobshagen sprechen sollte, kam der Bezirksvorstand gleich mit 3 Mann anmarschiert, die verlangten, daß die Genossin J. die Versammlung verlassen solle. Darauf erklärten die Mitglieder, daß sie dann auch das Referat des Bezirksvertreters nicht anhören werden. Unter dem Druck der Mitglieder gestand man der Genossin J. ein Referat mit unbeschränkter Redezeit zu. **Nach dem Referat und der anschließenden Diskussion erklärten sämtliche Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe ihren Austritt aus der SPD.** Der Vorsitzende erklärte, daß er mit weiteren 15 sozialdemokratischen Arbeitern seinen Uebertritt zur KPD **vollziehen werde.**